

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses am 11.01.2007**

***öffentlich***

---

**Ort:** Fachbereich Kinder, Jugend und Familie  
Schopenhauerstraße 4

**Zeit:** 16:00 Uhr bis 18:00 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Godenrath, Thomas	stimmb.Mitgl.	
Wießner, Heike	”	
Haupt, Ute	”	
Lange, Hendrik	”	i.V. Dr. Bartsch
Ewert, Gertrud	”	
Haupt, Hanna	”	
Schwabe, Elke	”	
Stark, Regine Dr.	”	i.V. Inés Brock
Meißner, Petra	”	
Gellert, Beate	”	
Kramer, Uwe	”	
Scheiner, Bärbel	”	Dr. Piechotta
Weber, Winfried	”	
Becker, Helmut	beratend	
Jomrich, Herbert	”	
Leonhard, Renate	”	
Rarrasch, Peggy	”	
Rochau, Lothar	”	
Sarunski	”	
Schneutzer, Petra	”	
Szabados, Dagmar	”	

**Entschuldigt fehlen:**

Dölle, Leonhard	stimmb.Mitgl.	
Klotsch, Antje	”	
Privorozki, Max	beratend	entschuldigt
Slomka, Christine Dr.	«	entschuldigt
Wildner, Susanne	”	entschuldigt
Gebauer	”	

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 07. Dezember 2006
- 4. Vorlagen
- 4.1. Erste Fortscheidung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 – für das Schuljahr 2007/08  
Vorlage: IV/2006/05977
- 4.1.1 Änderungsantrag des Bildungsausschusses zur Fortschreibung und Präzisierung des Mittelfristigen Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2007/08  
Vorlage: IV/2006/06215
- 4.2. Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII – Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung  
Kindertagesbetreuung für den Zeitraum 01.01.2007 bis 31.12.2007  
Vorlage: IV/2006/06131
- 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6. Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
- 7. Anregungen
- 8. Mitteilungen

## zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

### **Frau Hanna Haupt eröffnete die Kinder- und Jugendsprechstunde.**

**Vom Kinder- und Jugendrat war Elias Mögling erschienen.** Dieser sprach an, dass das Kinderbüro der Stadt Halle in den Franckeschen Stiftungen erhalten bleiben und die Mitarbeiter nicht in die Sozialräume verteilt werden sollten. Das Kinderbüro ist erst vor einigen Jahren errichtet worden und dort flossen auch einige Gelder ein, um die Räume für Kinder und Jugendliche entsprechend zu gestalten. Die Räume dort wirken ansprechend und nicht so abweisend wie übliche Büroräume. Für Kinder und Jugendliche ist der Besuch in einem Amt nach wie vor eine Hemmschwelle und deshalb schwer vorstellbar, dort zukünftig Räume zu nutzen.

**Frau Szabados antwortete,** dass es bereits ein gemeinsames Gespräch hierzu gab. Sie verwies darauf, dass zukünftig in allen Stadtteilen Ansprechpartner vom Fachbereich Kinder, Jugend und Familie vorhanden sein sollen und auch die Mitarbeiter aus dem Kinderbüro zukünftig stadtteilorientiert arbeiten werden. Für den Kinder- und Jugendrat gibt es nach wie vor eine Ansprechpartnerin für den Kinder- und Jugendrat. Da sie diese Woche in den Franckeschen Stiftungen ein Gespräch hat, wird sie versuchen, dabei auch einen zentralen Anlaufpunkt für die Kinder und Jugendlichen in den Stiftungen zu erhalten. Vielleicht ist es möglich, dass Räume in den Franckeschen Stiftungen dem Kinder- und Jugendrat zur Verfügung stehen können. Sie kann jetzt noch keine Zusagen treffen, wird sich aber dafür einsetzen.

**Herr Rochau** sprach an, dass die bisherige Ansprechpartnerin Frau Eggert-Mauer dem Kinder- und Jugendrat nach wie vor zur Verfügung steht. Sie wird im Laufe des Jahres 2007 ihren Sitz im Objekt des Stadtteilzentrums Mitte-Nord-Ost in der Schopenhauerstraße haben. Er verwies darauf, dass die Miete für das Kinderbüro in den Franckeschen Stiftungen für 2007 noch geplant ist. Dem Kinder- und Jugendrat wurden als Treffpunkt Räume in der Schopenhauerstraße angeboten.

**Elias Mögling** verwies darauf, dass viele Jugendliche vor dem Objekt des Jugendamtes zurück schrecken. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso die Räume in den Franckeschen Stiftungen aufgegeben werden sollen.

**Frau Szabados** bat darum, das Gespräch mit den Franckeschen Stiftungen abzuwarten.

**Frau Hanna Haupt** fragte an, ob weitere Jugendliche zur Sprechstunde erschienen sind.

Es meldete sich eine **Schülerin (Paula) aus der Wittekindschule.** Paula sprach an, dass sie bereits eine Schulfusion (vorher Paulusschule) mitgemacht hat und jetzt soll die Wittekindschule auch wieder einer Fusionierung zum Opfer fallen. Die Schüler und Lehrer haben 11 Punkte aufgeführt, welche für den Erhalt der Wittekindschule sprechen. Sie möchten, dass die Schule erhalten bleibt.

**Frau Hanna Haupt** verwies darauf, dass dies nachher zum TOP Schulentwicklungsplanung thematisiert wird.

Die Kinder- und Jugendsprechstunde wurde beendet.

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Frau Hanna Haupt** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Zustellung der Einladung und die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

**Frau Hanna Haupt** begrüßte als gewählten Vertreter der LIGA als ständiges Mitglied im Jugendhilfeausschuss Herrn Dr. Piechotta. Dieser nimmt ab sofort die Stelle von Frau Scheiner ein, welche sich im Dezember aus dem Ausschuss verabschiedet hatte. Dr. Piechotta war als deren Vertreter gewählt worden und rückt demzufolge nach.

**Herr Dr. Piechotta** stellte sich kurz den Mitgliedern vor.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

**Frau Hanna Haupt** stellte die Tagesordnung fest. Sie sprach an, dass noch ein Änderungsantrag des Bildungsausschusses vorliegt, welcher zusätzlich auf die Tagesordnung genommen wird und zwar als Unterpunkt 4.1.1. Dieser Änderungsantrag war mit den Unterlagen bereits im Entwurf den Mitgliedern zugesandt worden und liegt heute allen in der autorisierten Fassung mit vollständiger Beantwortung durch die Verwaltung vor.

Der Tagesordnung wurde so zugestimmt.

## **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 07. Dezember 2006**

Der Niederschrift wurde ohne Änderungen zugestimmt.

## **zu 4 Vorlagen**

### **zu 4.1 Erste Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 – für das Schuljahr 2007/08 Vorlage: IV/2006/05977**

**Frau Hanna Haupt begrüßte aus dem Fachbereich Schule, Sport und Bäder Herrn Zschocke und Mitarbeiterin. Sie gab das Wort an Herrn Zschocke.**

**Herr Zschocke** sprach an, dass es eine gemeinsame Klausurtagung mit dem Bildungsausschuss im Dezember 2006 gab, in welcher auch der Beschlussentwurf dieser Vorlage nochmals diskutiert wurde. Schwerpunkt hierbei war auch die Verträglichkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen in Verbindung mit dem Umsetzungsbeschluss PPP-Maßnahmen an Schulen in der Stadt Halle ab dem Sommer 2007. Hieraus erfolgten Änderungsvorschläge, welche jetzt auch dem Jugendhilfeausschuss vorliegen. In der Sitzung des Bildungsausschusses im Dezember 2006 wurde wie folgt dazu abgestimmt:

- zum Änderungsantrag Pkt. 1.1. erfolgte eine einstimmige Zustimmung
- zum Änderungsantrag Pkt. 2.1. erfolgte eine einstimmige Zustimmung

- zum Beschlusspunkt 2.2. wurde dem Vorschlag der Verwaltung einstimmig zugestimmt
- zum Änderungsantrag Pkt. 2.3 wurde mit der entsprechenden Einschränkung zur noch ausstehenden endgültigen Entscheidung des Standortes einstimmig zugestimmt
- zum Änderungsantrag Pkt. 2.4 erfolgte eine einstimmige Zustimmung
- Dieser Beschlusspunkt wird zurückgezogen. Erst in Verbindung mit der Umsetzung des Punktes 2.4. und abhängig von der Umsetzung PPP am Standort Klosterstraße wird es eine erneute Beschlussvorlage geben.
- - der Punkt 2.6. wurde vertagt bis zur Klärung mit dem Kultusministerium, durch die Verwaltung wurde darauf verwiesen, dass die Mitnutzung des Schulgebäudes in der Dölauer Straße durch Klassen des Sportgymnasiums bis zur Baufertigstellung des Sportgymnasiums weiterhin bedingen.
- Dem Beschlusspunkt 3. wurde dem Vorschlag der Verwaltung einstimmig zugestimmt.

**Herr Zschocke** bat darum, dass sich der Jugendhilfeausschuss dem Urteil des Fach- also Bildungsausschusses anschließt.

**Frau Hanna Haupt** rief dazu auf, Anfragen zu stellen.

Durch ein **Mitglied (StR)** wurde zur Diskussion hinsichtlich Huttenschule angefragt.

**Herr Zschocke antwortete**, dass Ausweichquartiere zu PPP nicht Bestandteil der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung waren. Diese wurden im Bildungsausschuss vorgestellt. Derzeit erfolgt eine Zuständigkeitsprüfung.

Anfrage durch ein **Mitglied (skE)** welche Schulen als behindertengerechte Schulen geführt werden.

**Frau Szabados antwortete**, dass nach ihren Informationen nach alle Schulen welche zu PPP gehören, behindertengerecht umgebaut werden sollen. Sie wird die Anfrage prüfen lassen.

Anfrage durch ein **Mitglied (Fr. Träger)** hinsichtlich der Sportunterrichtssituation bei der Fusionierung Wittekind zur Weidenplanschule.

**Frau Szabados** verwies darauf, dass dieses mit dem vorliegendem Änderungsantrag erledigt ist.

Anfrage **durch ein Mitglied (StR)** inwieweit von der Fusionierung auch Horte an diesen Standorten betroffen sind. Weiterhin wurde angefragt, ob die Fusionierungen auch Auswirkungen auf das Sportangebot von Streetwork (bspw. Mitternachtssport) in Sporthallen haben.

**Frau Szabados stimmte dem** Hinweis zu den Horten zu. Es muss angesehen werden, welche Kindertagesstätten und Horte auch zukünftig Bestand haben werden. Phase EFR-programm soll kommen. Dort sind Konzepte zu integrativen Kindertagesstätten und Horten gefordert.

**Herr Rochau beantwortete** die zweite Anfrage dahingehend, dass auch 2007 der durch Streetwork angebotene Mitternachtssport fortgeführt wird. Dies wird nicht immer in der bisherigen Sporthalle sein aber das Angebot bleibt bestehen.

Da es keine weiteren Anfragen gab rief **Frau Hanna Haupt** erst zur Abstimmung des Änderungsantrages unter TOP 4.1.1. auf. (siehe Pkt. 4.1.1.)

Danach erfolgte die Abstimmung zu TOP 4.

### **Abstimmungsergebnis:**

Der Jugendhilfeausschuss stimmte den übrigen Beschlussvorschlägen (veränderte Beschlusspunkte siehe Änderungsantrag des Bildungsausschusses TOP 4.1.1.) wie folgt mehrheitlich zu:

<b>Befürwortungen:</b>	<b>10</b>
<b>Ablehnungen:</b>	<b>0</b>
<b>Enthaltungen:</b>	<b>2</b>

### **zu 4.1.1 Änderungsantrag des Bildungsausschusses zur Fortschreibung und Präzisierung des Mittelfristigen Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2007/08**

**Vorlage: IV/2006/06215**

**Text unter TOP 4, da TOP 4.1. und 4.1.1 im Zusammenhang zu sehen und zu behandeln waren.**

### **Beschlussvorschlag:**

**Der Stadtrat beschließt, den vorliegenden Beschlussentwurf in den aufgeführten Beschlusspunkten wie folgt zu ändern.**

#### **Beschlusspunkt 1.1**

Fusion der Grundschule „Hanns Eisler“  
mit der Grundschule Trotha  
am Standort Seebener Straße 79 erfolgt zum Schuljahr 2009/10.

Im Vorgriff auf die Fusion erfolgt zum 01.08.2007 die Übertragung des Hausrechtes für das Schulobjekt Seebener Straße 79 an die Grundschule „Hanns Eisler“

#### **Beschlusspunkt 2.1**

Die Grundschulen Auenschule, Ulrich von Hutten und Rosengarten bleiben bis einschließlich Schuljahr 2008/09 als eigenständige Grundschulen bestehen.

Im Rahmen der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung ist im Jahr 2007 die Diskussion zur Fusion der drei Grundschulen, nach Abschluss „PPP“ im Objekt Huttenstraße zum Schuljahr 2009/10 wieder aufzunehmen.

#### **Beschlusspunkt 2.3**

Fusion der Sekundarschule Wittekind  
mit der Sekundarschule Weidenplan

zum 01.08.2007 (Schuljahr 2007/08)

Vorläufiger Standort: Ernst-Schneller-Straße 1  
Neuer Name: Sekundarschule Halle-Nord  
(bis auf Widerruf)

Die endgültige Festschreibung des Standortes erfolgt im Ergebnis des abgeschlossenen  
Verwaltungsverfahrens bezüglich einer evtl. Rückzahlung von Fördermitteln für die  
Sekundarschule Weidenplanschule.

#### **Beschlusspunkt 2.4**

Umsetzung der Grundschule „Rosa Luxemburg“  
Vom Standort: Haflinger Straße 4  
Nach Standort: Haflinger Straße 13  
zum Schuljahr 2008/09

#### **Beschlusspunkt 2.5**

Beschlusspunkt wird gestrichen.

Eine neue Beschlussvorlage erfolgt in Verbindung mit der Umsetzung des Beschlusspunktes  
2.4 und in Abhängigkeit der Umsetzung PPP am Standort Klosterstraße.

#### **Beschlusspunkt 2.6**

Vertagt bis zur Klärung der Sachlage mit dem Kultusministerium.  
Anfrage des Bildungsausschusses über die Zugangsbedingung für Schulen mit dem  
inhaltlichen Schwerpunkt Sport.

Der Jugendhilfeausschuss stimmte mit

Befürwortungen	10
Ablehnungen	0
Enthaltungen	2

dem **Änderungsantrag des Bildungsausschusses mehrheitlich zu.**

**zu 4.2 Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII – Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung  
Kindertagesbetreuung für den Zeitraum 01.01.2007 bis 31.12.2007  
Vorlage: IV/2006/06131**

**Frau Hanna Haupt** erteilte Herrn Weiske das Wort zum TOP.

**Herr Weiske** erläuterte die Bedarfs- und Entwicklungsplanung für Kindertageseinrichtungen. Der Aufbau entspricht dem bewährten Planungsvorgehen der vergangenen Jahre. Der Bedarf wird durch die Analyse der Geburtenentwicklung und der Auslastung der geplanten Plätze des vorherigen Planungsjahres ermittelt.

Auf Seite 5 ist die Auslastung und Belegung des letzten Planungsjahres zu entnehmen. Die Erhöhung der Platzinanspruchnahme beziehen sich auf die Hortbetreuung und haben sicher auch mit den Fusionierungen und einer besseren Betreuungsqualität zu tun. Es befinden sich mehr Kinder in Hortbetreuung als im letzten Jahr zu erwarten war. Auf S. 7 ist das Zahlenwerk zur Bedarfsplanung enthalten, in den Klammern sind die Veränderungen zum Vorjahr gesetzt. Es werden 420 Hortplätze mehr benötigt, davon sind 350 bereits heute versorgt.

Anfrage durch **ein Mitglied (skE)** zu der KITA Zinksgartenstraße, welche dem Verein Waldorfpädagogik gehört. Hier war lange Zeit ein Bauzaun zu sehen, die Außenanlage der KITA ist noch sehr dürrtig begrünt. Ist hier mit einer begrünter Außenanlage zu rechnen.

**Frau Szabados verwies** darauf, dass dies in der Verantwortung des Trägers liegt. Der Hinweis wird aber geprüft.

**Herr Dr. Piechotta** ergänzte, dass dieser Träger die Einrichtung erst seit ca. ½ Jahr übernommen hat und die Außenanlage sicher der 2. Schritt sein wird.

Hinweis durch ein **Mitglied (skE)**, dass in den Anlagen 2 A und B bei einigen Einrichtungen die Postleitzahlen nicht korrekt angegeben wurden (Bsp. bei Nr. 2;53,54)

Die Verwaltung wird dies korrigieren.

Anfrage durch **ein Mitglied (skE)** zu Plätzen für schwer behinderte Kinder. Wurden diese auch berücksichtigt wenn eine Kostenanerkennung erfolgte. Wie sieht es mit Plätzen für schwerst behinderte Kinder aus.

**Herr Weiske antwortete**, dass die geplanten Plätze momentan nicht zu 100% ausgelastet sind, so dass Kinder, die da zukünftig kommen auch berücksichtigt werden können. Bei schwerst behinderten Kindern ist der Bedarf relativ gering, darauf bereiten wir uns vor.

**Frau Szabados ergänzte**, dass sich die Stadt bemüht, bei den wenigen Fällen für eine Betreuung von schwerst behinderten Kindern eine Lösungsmöglichkeit anbieten zu können. Aus dem Gesundheitsbereich kam die Information, dass es sich hierbei nur um sehr wenige Einzelfälle handelt, die in der Schwere des Schicksals natürlich auch dramatisch sind. Die Stadt wird sich auch um diese Bedarfe kümmern.

Ein **Mitglied (StR)** lobte die Verwaltung für diese Planungs- und Auslastungsvorlage, die gut handelbar ist. Anfrage zur Einrichtung Ludwig-Stur-Straße, welche in der Tabelle für 2006 schon enthalten war, aber bisher noch nicht errichtet ist.

**Frau Szabados** verwies auf die Begründung auf der Seite 7 unten hierzu.

Hinweis eines **Mitgliedes (StR)** zu den unter den Nr. 36 und 37 aufgeführten Horten, diese gehören keiner Außenstelle mehr an. Der Hort unter Nr. 41 gehört zur Außenstelle der KITA Wirbelwind. Dies sollte korrigiert werden.

Die Verwaltung wird diese Korrektur vornehmen.

Durch **ein Mitglied** erfolgte die Nachfrage zur Standortsituation der KITA „Heideröschen“.

**Frau Hanna Haupt** gab das Wort an Herrn Kreisel, Geschäftsführer EB KITA.

**Herr Kreisel sprach an, dass das** „Heideröschen“ auf zwei Grundstücken steht, nur eins davon gehört der Kommune. Der Wert des anderen Grundstücks liegt bei 116.000 €. Über die Grundstückssituation wird verhalten diskutiert. Die Anzahl der Kinder in der Einrichtung sind nicht sehr hoch, so dass eine Aufteilung auf andere umliegende Einrichtungen denkbar wäre. Dieses Jahr würde es 30 Kinder betreffen, welche umgesetzt werden müssten. Im Umfeld sind geklärte Situationen und sanierte Objekte. Eine Prüfung läuft, ob eine Weiternutzung des Objektes „Heideröschen“ weiterhin sinnvoll erscheint oder eine Verlegung der Kinder in umliegende Einrichtungen günstiger wäre.

**Frau Szabados** verwies darauf, dass diese Einrichtung im Randbereich Nietleben/Neustadt liegt. Es ist dort nicht mit einem steigendem Bedarf zu rechnen und umliegend sind sanierte Objekte, welche die Kinder aufnehmen könnten.

**Herr Kreisel sprach an**, dass die Indikatorenprüfung ergeben hat, dass mit keinem sprunghaftem Nachfragebedarf in den nächsten 15 Jahren dort zu rechnen ist.

**Ein Mitglied (StR) fragte** nach, wie die Entwicklung von 25 Plätzen für die Kita „Lebensbaum“ in der Fischer von Erlach Straße anzusehen ist.

**Herr Weiske antwortete**, dass die Kita „Lebensbaum“ erst 2008 geöffnet werden soll. Es werden im Pauslusviertel insgesamt ca. 500 Plätze mehr benötigt, die Stadt ist auch bereit, diesen Mehrbedarf in der Altstadt zu entwickeln, wenn dort neue Träger Interesse anmelden.

**Anfrage durch ein Mitglied (StR)** ob Kontrollmechanismen für die Bedarfe in der Stadt gemeinsam mit den Trägern entwickelt wurden.

**Herr Weiske antwortete**, dass in dem letzten BEP die dargestellte Standortliste teilweise sehr realistisch war, von einem Teil konnte zum Zeitpunkt der Erstellung der Liste noch nichts gewusst werden, da sich einiges erst im Laufe des Jahres ergeben hat. Die Liste 2007 ist ebenfalls so interpretierbar. Es wird jedoch immer wieder Träger und Standorte geben, die jetzt noch nicht erkennbar sind.

**Ein Mitglied (StR)** hinterfragte die Situation zur Kita Ludwig Stur-Straße mit geplanten 120 Plätzen für 2008 nochmals. Für 2007 sind diese noch nicht in Planung enthalten. Können Plätze noch geschaffen werden.

**Herr Weiske antwortete**, dass die Stadt sich keine Plätze leisten kann, welche nicht ausgelastet werden.

**Anfrage durch ein Mitglied (StR)** inwieweit KITA´s bekannt sind, die außerhalb der Bedarfsplanung agieren.

**Frau Szabados antwortete**, dass keine bekannt sind. Da durch das Land jeder Interessent auch die Betriebserlaubnis zum Betreiben einer Kita erhält, kann durch die Kommune nicht

eingeschätzt werden, ob 2007 weitere Betriebserlaubnisse ohne unser Wissen erteilt werden.

**Dr. Piechotta sprach** an, dass ihm bekannt ist, dass der TWSD auf den erhöhten Bedarf reagieren will und im Verband noch geklärt werden soll, ob durch diesen ein Interesse zur Betreibung einer KITA angemeldet wird.

**Herr Rochau teilte** mit, dass er durch Herrn Rommelfanger angesprochen wurde, dass dieser im I. Quartal 2007 auf ihn zukommen will. Momentan gibt es noch die Klärung im Verband dazu.

Ihm ist auch bekannt, dass die Diakonie evtl. Plätze aufstocken möchte.

Anfrage durch ein **Mitglied (StR)** zur Summe von nur 0,5 Mio € Aufwuchs bei der beachtlichen Zahl von mehr Betreuungsplätzen.

**Frau Szabados antwortete**, dass diese mit den vielen Hortplätzen zusammenhängt, die relativ preiswert sind.

Da es keine weiteren Anfragen gab, **rief Frau Hanna Haupt** zur Abstimmung auf.

#### **Beschlussvorschläge:**

1. Der Stadtrat stimmt dem Bedarfs - und Entwicklungsplan für den Zeitraum **01.01.2007** bis **31.12.2007** (Anlage 1) zu.

2. Für die im Bedarfs - und Entwicklungsplan ausgewiesenen Kindertageseinrichtungen ist die gesetzliche Finanzierung gemäß § 11 KiFöG im Haushalt 2007 sicherzustellen (Anlage 2).

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Jugendhilfeausschuss stimmte **einstimmig** den Beschlussvorschlägen zu.

#### **zu 5 Anträge**

Es lagen keine Anträge vor.

#### **zu 6 Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern**

**Anfrage von Frau Ute Haupt** zum Stand der Kooperationsvereinbarung mit der ARGE und den angedachten Quartiersrunden.

**Herr Rochau antwortete**, dass die Kooperationsvereinbarung der ARGE vorliegt.

**Frau Szabados ergänzte**, dass sie im Aufsichtsrat der ARGE ansprechen wird, dass diese Vereinbarung vorgestellt wird.

**Frau Ute Haupt fragte an**, wie mit dem Kinderbüro weiter verfahren wird. Sie bittet darum, dass in der Sitzung im Februar der aktuelle Stand zum Kinderbüro mitgeteilt wird.

**Frau Ute Haupt fragte an**, wann es wieder einen Jugendsituationsbericht im Jugendhilfeausschuss geben wird.

**Herr Rochau antwortete**, dass es im Februar 2007 einen Bericht zum Stand des Fachkonzeptes des Fachbereiches und im März 2007 eine Vorstellung des Stadtteilzentrums West (Sozialraum Neustadt/Heide-Nord/Lettin) geben wird.

**Herr Godenrath** verwies auf die Anfrage des Landtagsabgeordneten Kurze zur Cofinanzierung der Kommunen bei der Jugendpauschale und die Antwort der Landesregierung, bei welcher die Stadt Halle ohne Angaben steht. Wieso wurden hier von Halle keine Angaben gemacht.

**Die Verwaltung prüft das.**

**Anfrage durch Frau Schwabe** zum Stand des Termins bezüglich Rahmenvereinbarung KITA.

**Herr Rochau antwortete**, dass dieser Termin bereits in der Informationsveranstaltung am 19.12.2006 den Freien Trägern mitgeteilt wurde. Die Verwaltung hat den 15.02.07 um 14.00 Uhr für die Interessengemeinschaft freier Träger Kita vorgeschlagen.

**Frau Schöps** ergänzte, dass dieser Termin auch der Niederschrift der Dezemberversammlung entnommen werden kann.

**Frau Gellert sprach an**, dass durch die Schulfusionierungen auch eine psychische Belastung für die Kinder und Jugendlichen entsteht. Dies betrifft insbesondere auch die „Auenschule“.

Die Belastung auf Grund des Hin- und Herschiebens der Problematik geht zu Kosten der Schüler und Lehrer. Es sollte darauf Einfluss genommen werden, dass eine vernünftige und langfristige Schulentwicklungsplanung möglichst für ca. 5 Jahre erfolgen sollte. Diese Bitte sollte an den Bildungsausschuss herangetragen werden. Es sind auch Horte betroffen, welche auch in freier Trägerschaft sind. Die Träger möchten eine langfristige Perspektive und Planung. Durch das Landesverwaltungsamt erfolgt hier eine schlechte Begleitung der Problematik.

**Frau Szabados antwortete**, dass ihr dieses Anliegen auch sehr wichtig ist. Der Jugendhilfeausschuss sieht sich in der Verantwortung für die Kinder und Jugendlichen der Stadt Halle (Saale). Sie möchten ebenfalls eine mittelfristige Planung bei den Kindertagesstätten, Horten und Schulen erreichen und wird sich dafür einsetzen.

Hinweis durch **Frau Wiesner**, dass hier einmal mehr deutlich wird, dass ein Zusammenschluss Kultus- und Sozialministerium wichtig wäre, um an einem Strang ziehen zu können.

## **zu 7 Anregungen**

**Frau Schwabe regte an**, die hier im Konferenzraum befindlichen Gardinen zu entfernen, um den Raum angenehmer wirken zu lassen. Frau Szabados unterstützte diese Anregung.

**Die Verwaltung** wird dies veranlassen.

## zu 8      **Mitteilungen**

**Frau Szabados sprach** an, dass es im Kulturausschuss Ende 2006 betreffs der Einrichtung „Pustablume“ einen entsprechenden Antrag zur Förderung gab. Es ist unüblich, dass ein Ausschuss über einen anderen Bereich entscheidet. Sie hat mit Dr. Marquardt darüber gesprochen, was an kommunalem Geld wohin fließt und durch welche tangierenden Bereiche eine Förderung erfolgt. Sie wird eine Prüfung veranlassen, um zu sehen, wo allein im Stadtteil Neustadt Förderungen erfolgen. Dafür wird etwas Zeit benötigt. Es wird versucht, ab 2008 einen eigenen Förderkomplex zu sehen. Im Finanzausschuss wird dies als Vorschlag eingebracht werden, dies wurde zwischen ihrem Geschäftsbereich und dem Geschäftsbereich Kultur und Bildung abgestimmt.

**Herr Dr. Bartsch sprach** an, da er auch Mitglied im Kulturausschuss ist, dass dieser eine Empfehlung abgegeben hat, da er nicht beschlussfähig ist. Die Verwaltung musste sehen, wie sie mit dieser Empfehlung umgeht.

**Herr Rochau sprach** an, dass Herr Godenrath in der letzten Sitzung darum gebeten hatte, im Zusammenhang der Umstrukturierung des Fachbereiches die damit zusammenhängende Finanzierung erfahren zu wollen. Die schriftliche Beantwortung wurde jetzt an Herrn Godenrath übergeben und für die übrigen Mitglieder wird dies der Niederschrift angehängen.

**Frau Brederlow** informierte darüber, dass zum Programm „Gemeinsam gegen Rechts“ sie Stadt jetzt den Zuwendungsbescheid vom Land erhalten hat. Die Verwaltung wird zum gegebenen Zeitpunkt dazu informieren.

Gez. Hanna Haupt

Ausschussvorsitzende

Szabados

Bürgermeisterin

Gez. Kaupke  
Protokollantin